

Top „5“ der Forderungen der BAG kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen

1. KONZEPTE FÜR MEHR FRAUEN IN FÜHRUNG IN DER PRIVATWIRTSCHAFT

Auch wenn die Koalition jetzt beschlossen hat, die Aufsichtsräte zu quotieren, reicht diese von der BAG befürwortete Maßnahme nicht aus. Um durchgängig alle Führungsebenen gleichermaßen mit qualifizierten Frauen wie Männern zu besetzen, braucht es eine umfassende Quotierungsregelung.

2. EQUAL PAY

Die BAG freut sich, dass die langjährige Forderung nach der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns erfüllt wurde. Um generell den Gender Pay Gap zu verringern ist dies ein guter erster Schritt. Wir brauchen darüber hinaus ein Entgeltgleichheitsgesetz, das die Einführung eines diskriminierungsfreien Bewertungssystems mit Frauenförderregelungen in den Tarifverträgen koppelt. Wir fordern die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse.

3. FAMILIENPOLITIK

Die Einführung und Beibehaltung des Betreuungsgeldes wird von der BAG als frauenpolitisch falsches Instrument abgelehnt. Das Betreuungsgeld muss abgeschafft werden. Wir wollen ein geschlechtergerechtes Steuersystem und damit Steuergerechtigkeit für alle. Auch das Ehegattensplitting setzt frauenpolitisch falsche Schwerpunkte. Es sollte zugunsten einer Individualbesteuerung abgeschafft werden.

Frauenhäuser (die Hilfsysteme für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder) sollen als staatliche Pflichtaufgabe finanziert werden

Die BAG fordert eine Reform des Unterhaltsvorschuss-Gesetzes dahingehend, dass der Anspruch auf Unterhaltsvorschuss bis zum 18. Lebensjahr von Kindern und Jugendlichen ausgeweitet werden muss. Die Bezugsdauer der Unterhaltsvorschussleistung muss von 72 auf 144 Monate erhöht werden.

Auch der Versorgungsausgleich für bis zum 31.12.1991 geschiedene Frauen im Gebiet der ehem. DDR muss endlich geregelt werden. In der DDR geschiedene Frauen dürfen nicht diskriminiert werden.

Für Empfängerinnen von Sozialleistungen soll bundesweit die Übernahme von Kosten der Familienplanung geregelt werden

Der § 218 soll ersatzlos gestrichen werden. Frauen können selbst entscheiden, ob sie Kinder möchten.

Der Zölibat soll abgeschafft werden.

4. MEHR FRAUEN IN DIE KOMMUNALPOLITIK

Das dritte Genderranking zeigt deutlich, wie die Quotenregelung der Parteien sich positiv auf den Anteil von Frauen in den Kommunalparlamenten auswirkt. Die Kommune ist die Wiege der Demokratie. Die BAG fordert daher die Einführung paritätisch besetzter Wahlvorschlagslisten in den Kommunalparlamenten Deutschlands.

5. GLEICHBEHANDLUNG IN DER SPRACHE

soll in allen Gesetzestexten, Ausführungsbestimmungen, Verordnungen und Veröffentlichungen der Bundesregierung umgesetzt werden. Nur wer genannt ist, ist auch gemeint.